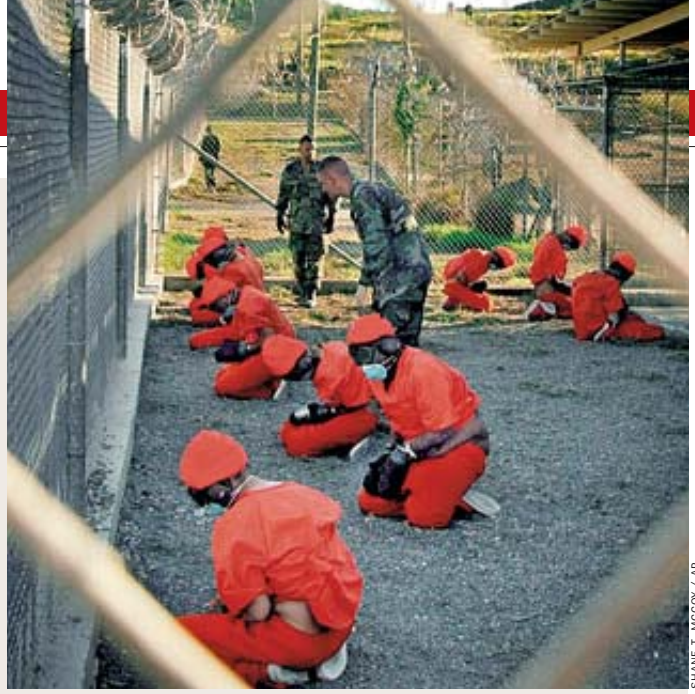
USA

Schwäche des Systems

Militärs im Gefangenenlager Guantanamo auf Kuba plädieren für eine Freilassungsaktion großen Stils. 40 Prozent der derzeit noch 549 angeblichen Qaida- und Taliban-Kämpfer seien weder gefährlich noch für weitere Vernehmungen interessant. Weniger als ein Drittel der Häftlinge, von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld einst als die „Schlimmsten der Schlimmen“ bezeichnet, lässt Steve Rodriguez, Leiter der Verhöreinheit des umstrittenen Gefängnisses, überhaupt noch befragen. Bereits vor Monaten hat Lagerkommandant General Jay Hood entsprechende Namenslisten dem Pentagon übermittelt – bislang ohne Reaktion. Jeder Entlassung müssen neben dem Pentagon auch noch das Außenministerium, die CIA und das FBI zustimmen. „Keiner will derjenige sein, der die Papiere unterschreibt“, klagt Hood, „das ist die Schwäche des Systems.“ Selbst als harmlos geltende Insassen dürfen nicht über US-Territorium ausgeflogen werden. Die Regierung verlangt außerdem, dass die Herkunftsstaaten Charter- oder Militärmaschinen zur Verfügung stellen.

Der überraschende Vorstoß hat zwei Gründe: Jetzt bekannt gewordene FBI-Dokumente belegen, dass Häftlinge systematisch gefoltert wurden; das Pentagon hat inzwischen eine Untersuchung angeordnet. Zudem will Hood Guantanamo zu einem Hochsicherheitsgefängnis umbauen lassen und einen Teil der Insassen auf unbestimmte Zeit wegsperren. Noch in diesem Jahr soll ein 35 Millionen Dollar teurer Trakt fertig werden, inklusive Psychiatrie. Immer mehr Häftlinge gelten nach jahrelangem Freiheitsentzug als dringend behandlungsbedürftig.



SHANE T. MCCOY / AP

Häftlinge, Wachpersonal in Guantanamo

JOE RAEDLE / GETTY IMAGES

Brigadegeneral Hood

DÄNEMARK

Kampf der Chamäleons

Lange ließ sich Premier Anders Fogh Rasmussen, 52, als Amerikas bester Freund in Europa preisen. Er war einer der Ersten, die sich in die „Allianz der Willigen“ zum Sturm auf den Irak einreihten. Jetzt vermeldet der smarte Regierungschef auf einmal den Rückzug der 550 dänischen Soldaten aus dem Krisengebiet. Zwar ist die Ankündigung, die erst kommendes Jahr vollzogen werden soll, ähnlich vollmundig wie damals sein Irak-Engagement – gerade mal zwei Kriegsschiffe liefen aus. Aber Zeitpunkt und Inhalt sind kaum Zufall: Fogh hat Neuwahlen für den 8. Februar angesetzt, da zählt jede Stimme. Seine Mitte-rechts-Minderheitsregierung, die von den ausländerfeindlichen Rechtspopulisten der Dänischen Volkspartei gestützt wird, liegt derzeit bis zu zehn Prozent vor dem von den Sozialdemokraten angeführten linksliberalen Lager, Tendenz steigend. Und Punkt für Punkt jagt der Premier den Genossen die Stammthemen ab: Sicherung des Wohlfahrtssystems, Reform des Arbeitsmarktes, Rentensanierung, mehr Engagement für Familien, Anti-Kriegs-Politik, rigide Bestimmungen für den Zuzug von Ausländern. Ohne eigene Schwerpunkte scheint der spröde sozialdemokratische Gegenspieler, Ex-Außen- und Finanzminister Mogens Lykketoft, 59, nahezu chancenlos. Mimi Jacobsen von den Zentrumsdemokraten spricht bereits von einem „Kampf der Chamäleons“. Selbst zwei Drittel der sozialdemokratischen Anhänger bescheinigen dem Premier „bessere Führungsqualitäten“. Nach der Wahl, so unkt die linksliberale Tageszeitung „Politiken“, werde Fogh auch „der wahre führende Sozialdemokrat im Lande“ sein.

SCANPIX DK / DANA PRESS PHOTO

Ministerpräsident Fogh

RUSSLAND

Pikante Ausnahme

Die sonst erzkonservative orthodoxe Kirche hat ein erstaunliches Signal ausgesandt. Sie will dem Gedanken der Vielweiberei näher treten – zumindest wenn es um muslimische Staatsbürger geht. Das Thema verdiene eine „ernsthafte öffentliche Diskussion“, gab Vater Wsewolod Tschaplin, Sekretär im Außenamt der Russisch-Orthodoxen Kirche, zu Protokoll – womöglich mit dem Segen staatlicher Stellen, die sich um die Integration der 14 Millionen einheimischen Muslime sorgen. Er selbst sei eingefleischter Gegner der jetzt aufkommenden vielfältigen Ehearten, bekräftigte der heilige Mann, nicht ohne bei dieser Gelegenheit seinen Abscheu gegenüber dem Westen kundzutun. Dort würden inzwischen homosexuelle Verbindungen genehmigt, ja bereits „Pädophile die Legalisierung ihres Tuns und Treibens“ einklagen und „wohl bald auch Forderungen nach einer Eheverbindung mit Tieren“ ertönen – ein Zustand, der die Gesellschaft letztendlich zerstöre. Was allerdings die Polygamie der Muslime betreffe, sei möglicherweise eine „Ausnahme“ angebracht.

IRLAND

Fluch über dem Hause Bush

Noch weiß man nicht, wem diese Verbindung peinlicher ist, US-Präsident George W. Bush oder den Leuten im irischen County Clare: Künstlerin Ann Griffin Bernstorff recherchierte für einen Wandteppich den Stammbaum des Irland-Eroberers Richard de Clare – und entdeckte in ihm einen Vorfahren Bushs. „Der Schock hier war gewaltig“, sagt die Dame. In der Tat ist die Anti-Bush-Fraktion groß in der Gegend – anlässlich eines Besuchs des Präsidenten im vergangenen Jahr fragte ein örtlicher Radiomoderator: „Ist dies der meistgehasste Amerikaner, der je den Fuß auf die Insel gesetzt hat?“ Und nun soll er aus County Clare stammen.
Allerdings werden auch die PR-Strategen des Weißen Hauses ein hartes Stück Arbeit vor sich haben, um die genealogische Verbindung zu überzuckern. De Clare nämlich war auch als „Strongbow“ bekannt, als übler Haudegen und Auftragskiller. Er heiratete in einen nicht minder zwielichtigen Genpool ein – den von Dermot MacMurrough, König von Leinster, der die Insel verschachert hatte und als übelster Verräter der an Monstern ohnehin nicht armen irischen Geschichte gilt. Nun, so der „Guardian“, stelle sich die Frage: Gibt es ein Machthunger-Gen, das durch acht Jahrhunderte bis in den jetzigen Bush-Familienkreis weitergereicht wurde? Und: Hat das Haus Bush Anspruch auf Leinster? „Vermutlich ja“, meint Griffin Bernstorff kampfeslustig. „Aber es gibt einige Familien hier in der Gegend, die ebenfalls Ansprüche haben, und die würden sich nicht einfach so geschlagen geben.“

JOHN COGILL / AP

Bush im County Clare

AKG

Haremszene von Francesco Guardi (1712 bis 1793)

ITAR-TASS / ACTION PRESS

Mufti Gajnutdin

Demselben Thema hatte sich zuvor Rawil Gajnutdin, der Vorsitzende des russischen Mufti-Rates, zugewandt: Die Regel der Scharia, wonach ein Muslim bis zu vier Frauen besitzen dürfe, gelte „ewig“. Könne der Mann seine Familie mit Wohnraum, Kleidung, Essen und Liebe versorgen, dürfe er durchaus mehr als eine Ehefrau haben, verkündete Moskaus oberster Mufti. In islamischen Ländern sei die Polygamie eine „völlig normale Erscheinung“, Eifersucht unter den Ehegattinnen gebe es nicht. Prüfen müsse man nun, wie diese Lebensform mit Russlands weltlichen Gesetzen in Einklang zu bringen sei. Gajnutdin kommt zu einer klaren Schlussfolgerung: Entweder schreibe der Staat seine Gesetze um – oder er erlaube russischen Muslimen, „zu leben, wo es ihnen gefällt“.

BÜCHER

Deutschland ist kein Vorbild mehr

Bei ihren osteuropäischen Nachbarn gelten Deutsche als unflexibel und wehleidig – aber nicht mehr als bedrohlich. Das ist eine Quintessenz des Interviewbandes „Ostdeutschland war nie etwas Natürliches“*. Herausgeberin ist die Berliner Publizistin Rita Kuczynski, Ex-Schwiegertochter des 1997 verstorbenen DDR-Intellektuellen Jürgen Kuczynski. Die 60-jährige Autorin befragte Kollegen, Journalisten und Gelehrte unter anderem aus Polen, Rumänien, der Slowakei, Estland, Russland, Bulgarien sowie Slowenien zum wiedervereinigten Deutschland, und es zeigte sich: Die Bundesrepublik, einst zumindest wegen ihrer Wirtschaftskraft geschätzt, ist kaum noch Vorbild.

„Die Deutschen sind verwöhnt, sie denken tatsächlich: Wir sind die Besten“, sagt etwa der Journalist Urmas Klaas aus Estland. Dabei liege das Bildungssystem im Argen, es gebe zu viel Bürokratie und zu wenig Flexibilität. Klagen über Armut und Perspektivlosigkeit aus den fünf neuen Bundesländern stoßen auf Unverständnis. „Die Ostdeutschen haben sich annektieren lassen und waren zunächst ganz zufrieden mit der Deutschen Mark und mit der Banane. Die anderen postkommunistischen Staaten fühlen sich vor den Kopf gestoßen, wenn sie die Ostdeutschen jammern hören“, erklärt der bulgarische Publizist Alexander Andreev. Die Nachbarn, so der Tenor, hätten die Umbrüche seit 1989 ganz alleine durchstehen müssen, ohne „reichen Onkel“ im Westen, wie der polnische Historiker Wlodzimierz Borodziej sagt. Durchweg positiv beurteilen Kuczynskis Interviewpartner hingegen die Birthler-Behörde zur Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit.
Angst vor deutschen Großmacht-Ambitionen oder vor Revisionismus äußert keiner. Die Wiedervereinigung wird überwiegend als eine historische Notwendigkeit ohne Alternative gewertet. Drastisch bringt es der polnische Publizist Adam Krzemiński auf den Punkt: Die DDR sei letztlich ein „Furz der Geschichte“ gewesen.

* Rita Kuczynski: „Ostdeutschland war nie etwas Natürliches“. Parthas Verlag, Berlin; 308 Seiten; 18 Euro.